



FDP | 16.02.2017 - 09:45

Bundesregierung muss Yildirim-Auftritt verhindern



Der türkische Ministerpräsident Binali Yildirim hat am Wochenende einen Auftritt in Oberhausen, zu dem 10.000 Teilnehmer erwartet werden. Für die Freien Demokraten ist dieser Werbefeldzug eine "unglaubliche Frechheit", wie FDP-Parteivize Wolfgang Kubicki es bezeichnete. Die Bundesregierung müsse dem unbedingt entgegenreten. "Die Freiheit der Meinung und der Versammlung sind hohe Güter. Türkische Innenpolitik, Staatspropaganda und Wahlkampfauftritte von Regierungsmitgliedern haben aber hier nichts zu suchen", macht FDP-Chef Christian Lindner deutlich.

"Die Bundesregierung sollte alle rechtlichen und diplomatischen Mittel nutzen, um diesen Auftritt zu verhindern", fordert Lindner. Sie dürfe sich jedenfalls nicht wegen ihrer selbst verschuldeten Abhängigkeit von der Türkei in der Flüchtlingskrise an der Nase herumführen lassen. Deutschland sei keine Plattform, "um für die Entdemokratisierung, die Abwicklung eines Rechtsstaats und die Einführung der Todesstrafe zu werben."

NRW-Innenminister erschreckend hilflos

Geradezu grotesk sei die Bewertung des nordrhein-westfälischen Innenministeriums, dass Yildirim als Privatmann nach Oberhausen reise und die dortige Halle angemietet habe. "Das Haus von Ralf Jäger (SPD) zeigt sich einmal mehr erschreckend hilflos", so Lindner.

Viele [#Ditib](#) [1]-Gemeinden vor Ort verunsichert. Kritik an Funktionären sowie Landesregierung für schleppende Reaktion bei Problem [@JoachimStamp](#) [2] pic.twitter.com/6EEYZ5nu8E [3]

— FDP-Fraktion NRW (@FDPFraktionNRW) [15. Februar 2017](#) [4]

Türkei will Parallelgesellschaft etablieren

Wolfgang Kubicki sekundiert: "Wir müssen erkennen und uns dem entgegenstellen, dass die Türkei dabei ist, eine Parallelgesellschaft in Deutschland zu etablieren." Die Bundesregierung sei aufgefordert, der unglaublichen Frechheit von Mitgliedern der türkischen Regierung entgegenzutreten, die "auf deutschem Boden für die Errichtung eines autokratischen Systems in der Türkei" werben wollten.

Zusammenarbeit mit [#Ditib](#) [1] kann und darf so nicht mehr fortgesetzt werden, sagt [@JoachimStamp](#) [2] [#ltnrw](#) [5]

— FDP-Fraktion NRW (@FDPFraktionNRW) [15. Februar 2017](#) [6]

Hintergrund

Der Werbeauftritt des türkischen Ministerpräsidenten Binali Yildirim in Deutschland erfolgt knapp zwei Monate vor einem Referendum über eine höchst umstrittene Verfassungsreform in der Türkei. Sie würde Staatschef Recep Tayyip Erdogan umfassende Vollmachten verschaffen. An der für den 16. April geplanten Abstimmung werden sich auch in der Bundesrepublik lebende türkische Staatsangehörige beteiligen.

Erwarte, dass Landesregierung darlegt, wie sie Bürger schützen will. Rede von [@JoachimStamp](#) [2] zu [#Ditib](#) [1] im [#ltnrw](#) [5] <https://t.co/HfXuSaFhxD> [7]

— FDP-Fraktion NRW (@FDPFraktionNRW) [15. Februar 2017](#) [8]

Quell-URL:<https://www.liberales.de/content/bundesregierung-muss-yildirim-auftritt-verhindern>

Links

[1] <https://twitter.com/hashtag/Ditib?src=hash> [2] <https://twitter.com/JoachimStamp> [3]
<https://t.co/6EEYZ5nu8E> [4] <https://twitter.com/FDPFraktionNRW/status/831897855023517696> [5]
<https://twitter.com/hashtag/ltnrw?src=hash> [6]
<https://twitter.com/FDPFraktionNRW/status/831792575329734656> [7] <https://t.co/HfXuSaFhxD> [8]
<https://twitter.com/FDPFraktionNRW/status/831858639266799616>